Nr. 128 / 34. Jahrgang — Freitag, 3. Juni 1927 — Einzelnummer 20 Pfg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telephon Sammelnummer 72206 — **Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10 gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 gesp. Kolonelzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10 gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonelzeile 40 Pfg., bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Rücktritt der bürgerlichen Minister.

Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen gescheitert.

SPD Dresden, 2. Juni.

Die mehrstündigen Verhandlungen über die Regierungsumbildung sind infolge der weitgehenden deutschnationalen Forderungen wider Erwarten schon am Donnerstag gescheitert. Ueber das Ergebnis wird von den beteiligten Parteien folgende offizielle Mitteilung herausgegeben:

„In den Verhandlungen über die Regierungsbildung wurde eine Verständigung nicht erzielt, weil die Deutschnationalen Forderungen erhoben, die den Abmachungen vom 11. Januar nicht entsprachen. Infolgedessen werden die Minister der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Demokratischen Partei den Ministerpräsidenten um ihre Entlassung bitten.“

*

Damit ist die monatelange sächsische Regierungskrise in ihr akutes Stadium getreten. Nach den vorliegenden Meldungen sind die Verhandlungen gescheitert, weil die Deutschnationalen nicht nur auf den Wortlaut ihres Wechsels vom 11. Januar bestanden, sondern darüber hinaus in den Verhandlungen noch weitergehende Forderungen stellten. Die Vereinbarungen vom 11. Januar 1927, die jetzt erst in der Presse bekanntwerden, haben folgenden Wortlaut:

Erklärung 11. Januar 1927.

Nachdem uns die Zusage gegeben worden ist:

1. daß der Deutschnationalen Volkspartei ein Ministersitz bis zum 1. Juli 1927 eingeräumt wird,

2. daß die Frage der Verbindung der Ministersitze in der gleichen Frist zur Zufriedenheit der deutschnationalen Fraktion geregelt wird,

3. daß im Falle einer Nichterfüllung einer dieser Zusagen das Kabinett zurücktreten wird,

4. daß die jetzige Besetzung der Ministerien als vorläufige gilt, soweit sie nicht unter deutschnationaler Entwicklung als endgültig bestätigt wird,

erklären wir uns bereit, für die Wahl des Herrn Heldt zu stimmen.

Nach diesen Vereinbarungen war den Deutschnationalen ein Ministersitz zugesichert. Bei den Verhandlungen verlangten aber die Deutschnationalen nach den Berichten der bürgerlichen Presse die Besetzung des Innen- und des Wirtschaftsministeriums, und zwar sollten das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium zusammengelegt werden. Gegen diese Forderung sollen im besonderen die Altsozialisten und die Demokraten mit aller Deutlichkeit aufgetreten sein. Darauf überraschten die Deutschnationalen durch eine Aenderung ihrer Forderung, indem sie erklärten, sie würden die Forderung nach Zusammenlegung der Ministerien fallen lassen, wenn ihnen dafür zwei Ministersitze statt einem eingeräumt würden. Die Deutschnationalen wollten also Innenministerium und Wirtschaftsministerium unter allen Umständen entweder auf diesem oder auf jenem Wege besetzen. Daß die übrigen bürgerlichen Parteien, im besonderen Demokraten und Altsozialisten, nicht auf diese deutschnationalen Forderungen eingehen konnten, werden sich die Deutschnationalen von vornherein selbst gesagt haben. Deshalb erscheint die Annahme berechtigt,

daß die Deutschnationalen den Konflikt offen zum Ausdruck bringen wollten,

wovon sie sich offenbar eine bessere Erledigung ihrer Geschäfte versprechen.

Diese Annahme wird durch den Bericht der LNN über den Gang der Verhandlungen bestärkt:

In langwierigen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien war man endlich so weit, eine Basis gefunden zu haben, die auf den Abmachungen zwischen Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Parteien beruhte. Man glaubte innerhalb der Regierungskoalition die verhältnismäßig kleinen personellen Streitfragen glatt lösen zu können. **Selbst die Altsozialisten und die Demokraten, denen es von der Mehrheit ihrer Parteimitglieder reichlich schwer gemacht wurde, waren auf den Boden der Kompromißvorschläge getreten.** Um so unverständlicher ist es, daß die deutschnationalen Verhandlungsführer über ihre früheren Bedingungen hinaus **neue Forderungen erheben und statt des einen ausgestellten Wechsels noch einen zweiten präsentieren.**

Ueber die Kompromißvorschläge, zu denen Demokraten und „Altsozialisten“ bereit waren, berichten die LNN:

Die Regierungsparteien glaubten im Augenblick so weit gehen zu können, das mit dem Altsozialisten Elsner besetzte **Arbeits- und Wohlfahrtsministerium dem Ministerpräsidenten zu unterstellen** und **einige Abteilungen dieses Ministeriums dem Wirtschaftsministerium anzugliedern.** Damit wäre die Bedeutung des Wirtschaftsministeriums enorm gestiegen. Dieses Ministerium, das auch die Landwirtschaft umfaßt, sollte unter Rücktritt des gegenwärtigen Wirtschaftsministers Dr. Wilhelm (der der Wirtschaftspartei angehört), **den Deutschnationalen zugesprochen werden.** Das wurde aber von diesen glatt abgelehnt.

Demokraten und „Altsozialisten“ waren also bereit, die Regierung mit den Deutschnationalen zu bilden, aber die Deutschnationalen lehnten ab; die Gründe für diese Ablehnung gibt der deutschnationale Sächsische Zeitungsdienst wie folgt an:

Die Koalitionsparteien hielten **zwei Ministersitze** unter sieben für die Deutschnationalen **nicht für diskutierbar.** Die Frage der Verringerung der Ministerien wollten sie vertagt haben, bis das von den Deutschnationalen geforderte Gutachten des Rechnungshofes über die Vereinfachung der Verwaltung vorliege. Der Standpunkt der deutschnationalen Vertreter ist nach unseren Informationen folgender: Man müsse die Frage so ansehen, wie wenn am 11. Januar dieses Jahres eine Regierungsbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Deutschnationalen stattgefunden hätte. Wären sieben Ministerien durch fünf Parteien zu besetzen, so könnte man vom Standpunkt des Wahlergebnisses nur zu dem Ergebnis kommen, **daß jede Partei einen und die beiden stärksten zwei Sitze erhielten.** Hätte man sich auf fünf Ministerien geeinigt, so hätte jede Partei mit Zustimmung der Deutschnationalen einen Minister bekommen, obwohl diese Partei dreimal stärker ist als z. B. die Demokraten oder die Altsozialisten.

Der Kuhhandel um die Regierung ist also vorläufig

gescheitert an der Verteilung der Posten.

Zweifellos vertrauen die Deutschnationalen darauf, daß es ihnen bei dem offenen Austragen des Konflikts gelingen wird, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie kennen die Furcht der Bürgerlichen vor einem Linkskabinett oder gar vor einer Auflösung des Landtages. Wie z. B. die Deutsche Volkspartei die politische Situation in Sachsen zur Zeit einschätzt, zeigt eine Rede, die der Volksparteiler Justizminister Bünger am Sonntag auf der Bezirkstagung seiner Partei in Wurzen gehalten hat. Ueber diese Rede wird berichtet:

„Von einer Verringerung der Ministerien hielt der Redner nicht viel, da die Ersparnis nur das Gehalt der Minister treffe. Anderseits aber seien bei dem parlamentarischen System Minister nötig als Vorposten der Parteien, um die Regierungsgeschäfte zu beeinflussen. Schließlich kam der Minister auf die Regierungskoalition zu sprechen. **Diese sei bei den sächsischen Verhältnissen eine sehr künstliche Bildung. Unsicher sei immer die Haltung der Auswerter. Bei einer Neuwahl würden die Altsozialisten wahrscheinlich verschwinden und dann hätte der Landtag wieder eine rote Mehrheit.“**

Da nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern auch die übrigen bürgerlichen Parteien und ebenso die „Altsozialisten“ bei Neuwahlen mit dem Verschwinden der Asozialen rechnen, kalkulieren die Deutschnationalen ganz richtig, daß die genannten Parteien eine Landtagsauflösung unbedingt vermeiden werden

Das ist die Erklärung für die Haltung der Deutschnationalen und für die neuen Forderungen, die sie aufgestellt haben.

Auf die Forderungen der Deutschnationalen haben sich die Regierungsparteien zurückgezogen und dann eine Erklärung formuliert, wonach sie die Verhandlungen als gescheitert ansehen, wenn die Deutschnationalen noch weiter auf der Besetzung des Innenministeriums und des Wirtschaftsministeriums beharren. In dieser Erklärung war auch gesagt, daß die bürgerlichen Regierungsparteien im Falle des Scheiterns der Verhandlungen entsprechend dem dritten Punkte der Vereinbarungen vom 11. Januar ihre Minister aus der Regierung zurückziehen würden.

Die Deutschnationalen haben diese Erklärung gelassen entgegengenommen und nur die Frage gestellt: Was nun?

Da die „Altsozialisten“ die Vereinbarung vom 11. Januar nicht unterschrieben haben, brauchten auch Heldt und Elsner nicht zurückzutreten. Der Volksstaat hat schon vor ein paar Tagen erklärt, für die altsozialistischen Minister käme ein Rücktritt überhaupt nicht in Frage. Es ergibt sich also die Situation, daß der Ministerpräsident und der Arbeitsminister noch im Amte sind, während die übrigen fünf Minister ihre Aemter niedergelegt haben. Da nach der sächsischen Verfassung der Ministerpräsident allein ermächtigt ist, die Minister zu benennen, hat es Heldt jetzt in der Hand, sein Rumpfkabinett durch Ernennung von neuen Ministern zu ergänzen. Das dürfte wahrscheinlich auch der nächste Schritt in dieser sächsischen Regierungskrise sein, wobei selbstverständlich damit zu rechnen ist, daß der Ministerpräsident die eben zurückgetretenen Minister wieder ernennt.

Damit wäre natürlich die Krise nicht gelöst, denn ohne die offene Unterstützung oder stillschweigende Duldung der Deutschnationalen hat ja das gegenwärtige Kabinett keine parlamentarische Mehrheit. Die Entscheidung über den Ausgang der Krise wird also nunmehr im sächsischen Landtage fallen, wenn nicht etwa doch noch vorher eine Verständigung mit den Deutschnationalen erzielt werden sollte. Der Landtag tritt am 14. Juni zusammen. Erst dann kann das gesamte Kabinett Heldt durch einen Mißtrauensantrag gestürzt werden, für den allerdings von den 96 Abgeordneten mindestens 49 Stimmen müssen.

Der offene Ausbruch der Regierungskrise zwingt jetzt im Landtage zu einer klaren Entscheidung. Die Deutschnationalen haben hinreichend bewiesen, daß sie den weiteren Bestand der gegenwärtigen Regierung nicht dulden. Falls die bürgerlichen Parteien die Ansprüche der Deutschnationalen nicht erfüllen, bliebe also nur die Möglichkeit einer Linksregierung oder die Auflösung des Landtages. Daß unter den gegenwärtigen Umständen nach all den Erfahrungen der letzten Jahre von einer großen Koalition in Sachsen keine Rede sein kann, ist selbstverständlich. Wohl aber wäre ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett möglich, zu dem die Sozialdemokratische Partei in allem Ernste bereit wäre. Unsere Partei hat auch im Landtage ihren Willen zur Uebernahme der Regierung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht und wenn sich jetzt die kleinen bürgerlichen Parteien nicht für die Landtagsauflösung entscheiden können, dann müßten sie, da sie nicht aktiv eine sozialdemokratische Minderheitsregierung wählen wollen, doch zum mindesten durch ihr Verhalten bei der Wahl eines Ministerpräsidenten ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett ermöglichen.

Schule der Wirklichkeit.

Die Bedeutung der weltlichen Schule für den Kampf der Arbeiterklasse.

Von August Siemsen (Jena).

Mehr und mehr setzt sich in der Arbeiterschaft die Erkenntnis durch, daß der Erziehung eine außerordentliche Bedeutung im Kampf der Klassen zukommt, und daß die Arbeiterschaft alles tun muß, damit ihre Kinder nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen der bürgerlichen Klassengesellschaft, sondern im Sinne und Interesse der Arbeiterschaft erzogen werden. Aus dieser Erkenntnis ist die Kinderfreundebewegung erwachsen, die auf dem Kieler Parteitag einen solch großen moralischen Erfolg errungen hat. Von ihr her ist es auch aufs lebhafteste zu begrüßen, daß der Parteitag sich in zwei Resolutionen mit großer Entschiedenheit für die weltliche Schule eingesetzt hat. Damit diese Resolutionen bei den Parteigenossen und in der Arbeiterschaft das richtige Echo finden, ohne das die bevorstehenden schweren Schulkämpfe nicht erfolgreich geführt werden können, muß Klarheit darüber herrschen, was die weltliche Schule für die Arbeiterschaft bedeutet.

Die Weltlichkeit des Schulwesens ist ursprünglich keine proletarische oder sozialistische Forderung. Sie ist vielmehr vom Bürgertum erhoben worden zu der Zeit, als das Bürgertum noch eine revolutionäre Klasse war, und in seinem Klassenkampf gegen den Feudaladel und den Absolutismus auf die eng mit diesen Mächten verbundene reaktionäre Kirche als Gegnerin stieß. Den Jenseitsdogmen und Autoritätslehren der Kirche stellte das Bürgertum die Diesseitsforderungen von der Freiheit und Gleichheit der Menschen entgegen. Die alten Bindungen und Ketten der Ueber- und Unterordnung, wie sie das Wesen der alten ständischen Gesellschaft und des ständischen Staates waren, und wie sie durch die Kirche geheiligt und als gottgewollt hingestellt wurden, sollten fallen und einer vernunftgemäßen freieren Ordnung Platz machen. Dazu mußte vor allem Macht und geistiger Herrschaftsanspruch der Kirche beseitigt werden, die als stärkste Stütze der überlebten Verhältnisse erschien. Der Forderung der Gewissensfreiheit und des weltlichen Staates entsprach die Forderung einer von der Kirche unbeeinflußten weltlichen Erziehung.

Gewissensfreiheit und weltlicher Staat sind grundsätzlich in den modernen Kulturländern durchgeführt, wenn auch noch Ueberreste der früheren Zustände sich gehalten haben. Die Weltlichkeit des Schulwesens ist nur teilweise, vielfach nur sehr unzulänglich oder gar nicht durchgeführt worden. Das trifft besonders für Deutschland zu. Der Grund ist sehr einfach. Das Bürgertum hat in seinen Kämpfen seine eigenen ursprünglichen Forderungen oft nicht durchgeführt, wenn sie der zugleich mit ihm großwerdenden neuen Klasse des Proletariats von Nutzen werden konnten. Man ließ der Kirche Einfluß auf die Schule, vor allem auf die Volksschule, da man sich von ihren Autoritäts- und Jenseitslehren eine günstige Wirkung auf die Kinder des arbeitenden Volkes versprach im Sinne der Ein- und Unterordnung in der bürgerlichen Klassengesellschaft. Und heute, wo das Bürgertum im Besitze der vom Proletariat bedrohten Macht konservativ geworden ist, will man diesen Einfluß der Kirche auf die Schule möglichst verstärken. Man hat sich das Wort Wilhelms von Amerongen: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden“, in einem solchen Maße zu eigen gemacht, daß man im schärfsten Widerspruch zu der ganzen Entwicklung eine christliche Schule für den christlichen Staat und das christliche Volk fordert. Diesen reaktionären Bedürfnissen der herrschenden Klasse sollen Konkordate und Reichsschulgesetz dienen. Mit ihrer Hilfe sucht man die Entwicklung zurückzuschrauben und der Kirche einen maßgebenden Einfluß auf die Erziehung zu sichern, damit die Kinder brauchbar gemacht werden für die bestehende Klassengesellschaft.

Aus diesen Tatsachen muß sich bereits für alle denkenden, klassenbewußten Arbeitereltern mit zwingender Notwendigkeit ergeben, daß sie sich mit aller Kraft gegen die konfessionelle Schule als eine wichtige Stütze der bestehenden Klassen- und Herrschaftsverhältnisse zu wenden haben. Wird hier doch nichts Geringeres beabsichtigt, als ihre eigenen Kinder ihnen, ihrer Klasse und ihrer Klassenaufgabe zu entfremden! Und mit der gleichen Energie müssen sie sich für die weltliche Schule einsetzen, die frei ist von der Beeinflussung durch eine überlebte, wirklichkeitsfremde und zukunftsfeindliche kirchliche Ideologie der gottgewollten Abhängigkeiten und Unterordnungen.

Aber die weltliche Schule hat weit größere Bedeutung für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse als diese rein negative. „Weltliche“ Schule — das bedeutet nicht nur kirchenfreie Schule, das heißt vielmehr: Schule der Wirklichkeit. Die weltliche Schule, die ihrem Namen gerecht wird, kann keine Schule sein, die — säuberlich getrennt vom Leben — den Kindern nur ein behördlich vorgeschriebenes Wissen vermittelt, das an allem vorbeigeht, was der herrschenden Klasse peinlich ist. Wenn in der alten „Schulkaserne“ den Kindern Scheuklappen angelegt werden sollten, damit sie die Wirklichkeit nicht richtig erkennten, so ist es Aufgabe der weltlichen Schule, die Augen weit zu öffnen, damit sie die Wirklichkeit sehen lernen, wie sie ist, und damit die Kinder gleichzeitig die Fähigkeit gewinnen, die Wirklichkeit des heutigen gesellschaftlichen Lebens kritisch zu beurteilen. Ungehemmt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19270603/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG